

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>18.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Öffentliche Ordnung</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Gesellschaftliche Debatte</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Ackermann, Nadja  
Bühlmann, Marc  
Frick, Karin  
Hirter, Hans

## Bevorzugte Zitierweise

Ackermann, Nadja; Bühlmann, Marc; Frick, Karin; Hirter, Hans 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Öffentliche Ordnung, Gesellschaftliche Debatte, 1990 - 2019*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 18.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Rechtsordnung	1
Grundrechte	1
Öffentliche Ordnung	2
Kriminalität	13
Polizei	14

## Abkürzungsverzeichnis

<b>EJPD</b>	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
<b>UNO</b>	Organisation der Vereinten Nationen
<b>WTO</b>	Welthandelsorganisation
<b>AKW</b>	Atomkraftwerk
<b>EKF</b>	Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
<b>SBB</b>	Schweizerische Bundesbahnen
<b>SGB</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>WEF</b>	World Economic Forum
<b>NATO</b>	North Atlantic Treaty Organization
<b>PTT</b>	Post-, Telefon- und Telegrafbetriebe
<b>PUK</b>	Parlamentarische Untersuchungskommission
<b>PKK</b>	Kurdische Arbeiterpartei
<b>BSE</b>	Bovine spongiforme Enzephalopathie (Rinderwahn)
<b>GBH</b>	Gewerkschaft Bau und Holz
<b>GATT</b>	General Agreement on Tariffs and Trade
<b>EKR</b>	Eidgenössische Kommission gegen Rassismus
<b>TGV</b>	Hochgeschwindigkeitszug
<b>VSPB</b>	Verband Schweizerischer Polizeibeamter
<b>SKG</b>	Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten
<b>KKJPD</b>	Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren

---

<b>DFJP</b>	Département fédéral de justice et police
<b>ONU</b>	Organisation des Nations unies
<b>OMC</b>	Organisation mondiale du commerce
<b>Centrale atomique</b>	Centrale atomique
<b>CFCI</b>	Commission fédérale pour les questions féminines
<b>CFF</b>	Chemins de fer fédéraux suisses
<b>USS</b>	Union syndicale suisse
<b>WEF</b>	World Economic Forum
<b>OTAN</b>	L'Organisation du traité de l'Atlantique nord
<b>PTT</b>	Postes, téléphones, télégraphes
<b>CEP</b>	Commission d'enquête parlementaire
<b>PKK</b>	Parti des travailleurs du Kurdistan
<b>ESB</b>	Encéphalite spongiforme bovine (maladie de la vache folle)
<b>SBB</b>	Syndicat du bâtiment et du bois
<b>GATT</b>	General Agreement on Tariffs and Trade
<b>CFR</b>	Commission fédérale contre le racisme
<b>TGV</b>	Train à grande vitesse
<b>FSFP</b>	Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police
<b>CSDE</b>	Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité
<b>CCDJP</b>	Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Rechtsordnung

#### Grundrechte

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 04.02.2019  
KARIN FRICK

Frischen Wind in die gesellschaftliche Debatte ums nationale Verhüllungsverbot brachte die grossmehrheitliche Zustimmung des St. Galler Stimmvolks zu einem Verhüllungsverbot auf kantonaler Ebene im September 2018. Damit war St. Gallen nach dem Tessin der zweite Kanton, in dem die Gesichtsverhüllung in der Öffentlichkeit verboten wurde. Der Präsident des Initiativkomitees der nationalen Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot», der Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann, deutete die St. Galler Entscheidung als ein positives Zeichen für die bevorstehende Abstimmung über das schweizweite Verhüllungsverbot. Bundespräsident Berset gab demgegenüber in der Presse zu Protokoll, man nehme das Resultat auf Kantonsebene zur Kenntnis, aber auf nationaler Ebene sei die Debatte eine andere – dies wohl, weil die St. Galler Bestimmung die Gesichtsverhüllung nur dann verbietet, wenn von ihr eine Gefährdung für die öffentliche Sicherheit ausgeht.

Im Zuge der gleichzeitig laufenden **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot**, das vom Bundesrat als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative aus der Taufe gehoben worden war, taten im Herbst 2018 zahlreiche Akteure ihre Ansichten zur Burkafrage in den Medien kund. Unter den Parteien lehnten neben der SVP – ihres Erachtens nehme der bundesrätliche Gegenvorschlag das Anliegen der Initiative nicht ernst – auch die Grünen den indirekten Gegenvorschlag ab. Sie betrachteten den Gegenvorschlag als unverhältnismässig und unnützlich, da Nötigung ohnehin bereits verboten sei und der Gegenvorschlag genauso wenig zu den Rechten und zur Gleichberechtigung muslimischer Frauen beitrage wie die Initiative; letztlich schürten beide Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung. Auf der anderen Seite begrüßte die GLP den Vorschlag des Bundesrates vorbehaltlos. Die CVP und die FDP unterstützten beide die Stossrichtung des Bundesrates, brachten aber entgegengesetzte Vorbehalte zum Ausdruck. Während sich die CVP eine weitergehende Regelung im Sinne eines auf Gesetzesebene verankerten, allgemeinen Verhüllungsverbots wünschte, lehnte die FDP ein solches auf nationaler Ebene kategorisch ab – dies liege in der Kompetenz der Kantone – und zweifelte generell am Gesetzgebungsbedarf in dieser Frage, da es sich bei der Burka in der Schweiz um eine marginale Erscheinung handle. Für gut befand die FDP jedoch die klaren Regeln zum Behördenkontakt. Dieser Teil des bundesrätlichen Vorschlags war – neben der Feststellung, es sei richtig, der Initiative überhaupt mit einem indirekten Gegenvorschlag entgegenzutreten – auch der einzige Punkt, den die SP mehr oder weniger einhellig unterstützte. In allem, was darüber hinausging, zeigten sich die Sozialdemokraten gespalten. Der Waadtländer Nationalrat Pierre-Yves Maillard, der sich schon zuvor als Burka-Gegner zu erkennen gegeben hatte, fand in seiner Partei rund 40 Mitstreiterinnen und Mitstreiter, die ein Verbot der Burka in der Schweiz befürworteten, wenn auch nicht in der Bundesverfassung, sondern auf Gesetzesstufe. Sein Lausanner Parteikollege Benoît Gaillard bezeichnete die Burka als eine religiöse Praxis, die der Gleichstellung von Mann und Frau, den Menschenrechten und den Fundamenten der Demokratie zuwiderlaufe. Man dürfe nicht ein Jahrhundert des Kampfes für die Gleichstellung der Geschlechter der Toleranz gegenüber einer religiösen Minderheit opfern, denn der Gesichtsschleier beraube die Frauen ihrer öffentlichen Existenz, was nicht mit der Schweizer Bürgerschaft vereinbar sei. Der bundesrätliche Gegenvorschlag taue demnach gemäss Maillard nicht, um den Erfolg der Initiative zu verhindern. Ebenfalls für ein Burkaverbot auf Gesetzesstufe sprach sich die Waadtländer Ständerätin Geraldine Savary aus; sie sah den Vorschlag des Bundesrates als geeigneten Ausgangspunkt für die entsprechende parlamentarische Debatte. Mit einer rein parlamentarischen Lösung, hoffte sie, könnte die Abstimmung über die Volksinitiative verhindert und der Abstimmungskampf vermieden werden, der die muslimische Bevölkerung stigmatisieren und die Frauen «als Geiseln nehmen» werde, wie sie der «Tribune de Genève» erklärte. Eine andere Ansicht vertrat hingegen beispielsweise der Genfer Nationalrat Carlo Sommaruga, der den Gegenvorschlag genügend überzeugend fand, um den zögernden Teil der Wählerschaft zu gewinnen. Er erlaube die Bestrafung von Nötigung und lasse gleichzeitig den Frauen, die sich aus freien Stücken verschleiern wollten, die Wahl; allen unsere Vorstellung von Gleichheit aufzuzwingen wäre hingegen Ausdruck eines «kolonialen Feminismus», wie Sommaruga von «Le Temps» zitiert wurde.

Von den insgesamt 69 eingegangenen Stellungnahmen qualifizierte der **Ergebnisbericht**

zur Vernehmlassung rund zwei Drittel, mehrheitlich mit Vorbehalten, als befürwortend und ein Drittel als ablehnend. Neben der SVP, den Grünen, der EVP, der EDU, dem Egerkinger Komitee, der EKR, dem SGB und vier weiteren Organisationen lehnten sowohl die KKJPD als auch sieben Kantone den bundesrätlichen Gegenvorschlag ab. Ihrer Ansicht nach sollten die Kantone selbst über die Frage des Verhüllungsverbots entscheiden können beziehungsweise bringe der Vorschlag des Bundesrates keinen Mehrwert gegenüber dem geltenden Recht. Demgegenüber unterstützten die übrigen Parteien der Bundesversammlung, 18 Kantone, verschiedene Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sowie u.a. die EKF, die SKG, der schweizerische Tourismusverband und Hotelleriesuisse den Gegenvorschlag, wobei einige von ihnen erklärten, dass dieser sogar noch weiter gehen dürfte. Positiv hervorgehoben wurde von verschiedenen Teilnehmenden, dass der Gegenvorschlag die Autonomie der Kantone wahre und so auch Rücksicht auf die Tourismusdestinationen nehme, dass er Probleme gezielt dort löse, wo sie aufträten, und dass er klare und einfach anwendbare Regeln enthalte. Der Bezug zur Initiative wurde unterschiedlich beurteilt. Während einige die Ansicht vertraten, der Gegenvorschlag nehme das Anliegen der Initiative auf und beseitige deren unangemessene Punkte, sahen andere keine Vergleichbarkeit mit der Initiative. Passend zum Tenor der Vernehmlassungsergebnisse resümierte der Tages-Anzeiger, der Vorschlag des Bundesrates sei «umstritten, aber nicht chancenlos». <sup>1</sup>

## Öffentliche Ordnung

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 03.03.1990  
HANS HIRTER

Die regelmässige von Auseinandersetzungen mit der Polizei und grösseren Sachbeschädigungen begleiteten Demonstrationen gegen die Wohnungsnot, welche im Vorjahr jeweils am Donnerstagabend die **Stadt Zürich** in Aufregung versetzt hatten, ebten im Berichtsjahr ab. Nur noch einmal berichtete die Presse über **Ausschreitungen**. <sup>2</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.12.1990  
HANS HIRTER

Die grösste politische Demonstration fand auch dieses Jahr in der Bundesstadt statt: gut 30'000 Personen demonstrierten gegen die von der PUK aufgedeckten Aktivitäten der Bundesanwaltschaft. Rund 20'000 Beteiligte zählte eine von den Gewerkschaften ebenfalls in Bern organisierte Demonstration von Gastarbeitern für ein soziales Europa. Die drittgrösste Kundgebung fand in Genf statt, wo etwa 10'000 Bauern aus der Schweiz, Frankreich und Deutschland vor dem GATT-Gebäude gegen die Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde protestierten; bereits eine Woche zuvor waren in Bern 7'000 Landwirte zum selben Thema auf die Strasse gegangen. Sehr aktiv waren wiederum die Albaner aus dem jugoslawischen Kosovo: bei ihren grössten Demonstrationen vermochten sie in Genf, Bern und Zürich jeweils mehr als 8'000 Personen zu mobilisieren. Bei den insgesamt 26 von uns verzeichneten Demonstrationen mit mehr als 1'000 Beteiligten (1989: 22) dominierten auch im Berichtsjahr die Proteste gegen Zustände im Ausland. Achtmal ging es um Kosovo, einmal um die Türkei. Eher ungewöhnlich war, dass rund 6000 Katholiken in Chur auf die Strasse gingen, um ihren Protest gegen Bischof Haas auszudrücken. In geografischer Hinsicht konzentrierten sich die Grossdemonstrationen auf die Städte Genf (8), Bern (6) und Zürich (4).

In folgender Zusammenstellung sind die Kundgebungen der Gewerkschaften zum 1. Mai, welche in den Grossstädten jeweils einige Tausend Beteiligte aufweisen, und die traditionellen Ostermärsche der Pazifisten im schweizerisch/deutschen Grenzgebiet nicht erfasst. **Demonstrationen mit 1'000 und mehr Teilnehmenden**, unterteilt nach Ort, Datum (Zeitung), Anzahl Teilnehmende und Thema:

Genf: 5.2. (1'500 / Kosovo), 5.3. (5'000 / Kosovo), 26.3. (1'000 / gegen Rassismus), 18.5. (1'500 / gegen Antisemitismus), 21.5. (9'000 / Kosovo), 28.5. (2'000 / Kosovo), 11.10. (5'000 / Staatsangestellte für Teuerungsausgleich), 14.11. (10'000 / Bauern);  
Bern: 2.4. (8'000 / Kosovo), 5.3. (30'000 / Fichen), 30.4. (3'000 / AKW), (3'000 / Kosovo), 17.9. (20'000 / GBH, ausländische Gewerkschafter), 10.11. (7000 / Bauern);  
Zürich: 12.3. (2'000 / Kosovo), 31.7. (1'500 / Asylpolitik), 3.9. (8'000 / Kosovo), 10.12. (1'000 / Wohnen);  
Lausanne: 9.4. (2'000 / Wohnen), 10.9. (8'000 / Türkei);  
Chur: 18.6. (6'000 / Bischof Haas);  
Gossau/SG: 25.6. (3'000 / gegen Waffenplatz);  
St. Gallen: 19.3. (1'500 / gegen Waffenplatz), 21.5. (1'000 / für Waffenplatz);

Kreuzlingen/TG: 2.4. (1'500 / Türken, für Abschaffung der Visumpflicht);  
Thierrens/VD: 12.3. (1'000 / gegen PTT-Antenne).<sup>3</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 17.12.1992  
HANS HIRTER

Die **Welle der fremdenfeindlichen Aktionen ist im Berichtsjahr deutlich abgeflaut.** Nach Angaben des EJPD wurden 42 Ereignisse mit tatsächlichem oder vermutetem fremdenfeindlichem Hintergrund registriert. Bei rund der Hälfte davon handelte es sich um Sachbeschädigungen oder Schmierereien an Flüchtlingsunterkünften, in 15 Fällen kam es zu Brandstiftungen resp. Brandstiftungsversuchen, je zwei Anschläge wurden mit Schusswaffen resp. mit Feuerwerkskörpern durchgeführt. Der ehemalige Anführer der rechtsextremen Patriotischen Front, Marcel Strebel, stand erneut vor Gericht. Das Bezirksgericht Schwyz verurteilte ihn wegen Landfriedensbruchs zu zwanzig Tagen Gefängnis, wobei er diese Strafe nicht absitzen muss, sondern sich einer ambulanten psychiatrischen Behandlung zu unterziehen hat. Nach Angaben von BR Koller waren aber bei weitem nicht alle Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte fremdenfeindlich motiviert; von den aufgeklärten Vorfällen des Vorjahres waren mehr als ein Drittel von Asylbewerbern selbst begangen worden.<sup>4</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 28.12.1992  
HANS HIRTER

Die **grössten politischen Demonstrationen** führten im Berichtsjahr die Landwirte durch: am 9. Januar protestierten an drei Orten insgesamt 31'000 Bauern (15'000 in Bern, 10'000 in Weinfelden/TG und 6'000 in Luzern) gegen die GATT-Verhandlungen. Gut besucht waren auch die am 10. Dezember vor allem von Frauen durchgeführten Protestaktionen gegen die sexuelle Gewalt im Krieg in Bosnien. Die kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien waren denn auch das häufigste Thema bei den insgesamt 40 (1991: 30) von uns verzeichneten Kundgebungen mit 1'000 und mehr Beteiligten: zehn Grosskundgebungen fanden zu diesem Anlass statt (inkl. eine Demonstration von Griechen gegen die Anerkennung der neuen Republik Mazedonien und eine von Serben gegen die Berichterstattung in den deutschsprachigen Medien). Am zweithäufigsten waren Grossdemonstrationen gegen die Fremdenfeindlichkeit bzw. gegen eine Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse (je sieben). Letztere fanden vorwiegend in der französischsprachigen Schweiz statt, während sich die Kundgebungen gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen den Krieg in Bosnien auf die Deutschschweiz konzentrierten. Mehr als die Hälfte der Grossdemonstrationen wurden in den Städten Zürich und Bern durchgeführt (elf resp. zehn), wovon in Zürich deren sechs von in der Schweiz ansässigen Ausländern organisiert wurden. Bei diesen Grossanlässen kam es lediglich an der Bauerndemonstration in Bern zu Aüsschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Viel häufiger waren derartige Vorkommnisse jedoch bei den kleineren Demonstrationen im Zusammenhang mit der Räumung von besetzten Häusern (v.a. in Zürich und Genf) und mit Blockierungen des motorisierten Privatverkehrs (v.a. in Zürich).

In der folgenden Zusammenstellung sind die Kundgebungen der Gewerkschaften zum 1. Mai, welche in den Grossstädten jeweils einige Tausend Beteiligte aufweisen, und die traditionellen – allerdings nur noch schwach besuchten – Ostermärsche der Pazifisten im schweizerisch/deutschen Grenzgebiet nicht erfasst. Demonstrationen mit 1000 und mehr Teilnehmenden, unterteilt nach Ort, Datum (Zeitung), Anzahl Teilnehmende und Thema:

Basel: 23.10. (5'000 / Gewerkschafter), 11.12. (2'000 / Frauen gegen Krieg in Bosnien);  
Bern: 10.1. (15'000 / Bauern gegen Gatt), 24.2. (1'000 / gegen Fremdenfeindlichkeit),  
23.3. (6'000 / gegen Fremdenfeindlichkeit), 30.3. (1'500 / für liberale Drogenpolitik),  
6.7. (6'000 / ausländische Bauarbeiter; Pensionskassen im EWR), 21.9. (2'000 / AKW  
Mühleberg), 27.9. (3'000 / Krieg in Bosnien), 27.11. (1'000 / Krieg in Bosnien), 11.12.  
(5'000 / Frauen gegen Krieg in Bosnien), 21.12. (6'000 / Jugend für europäische  
Integration);  
Erstfeld/UR: 30.11. (2'000 / Eisenbahner);  
Genf: 3.2. (2'000 / Kosovo-Albaner); 20.2. (3'000 / Staatsangestellte), 12.3. (5'000 /  
Staatsangestellte), 23.10. (1'500 / Mittelschüler), 6.11. (2'000 / Bauunternehmer), 9.12.  
(8'000 / Gewerkschafter), 18.12. (1'000 / Staatsangestellte);  
La Chaux-de-Fonds: 27.4. (1'000 / gegen Fremdenfeindlichkeit), 19.12. (1'500 / für  
europäische Integration);  
Lausanne: 18.1. (3'000 / gegen Fremdenfeindlichkeit), 9.10. (1'000 / Staatsangestellte);  
Luzern: 10.1. (6'000 / Bauern gegen Gatt), LNN, 11.12. (1'500 / Frauen gegen Krieg in  
Bosnien);

Schaffhausen: 28.12. (3'000 / gegen Fremdenfeindlichkeit);  
St. Gallen: 23.3. (1'200 / gegen Fremdenfeindlichkeit);  
Weinfelden/TG: 10.1. (10'000 / Bauern gegen Gatt);  
Zürich: 23.3. (1'500 / gegen Fremdenfeindlichkeit), 10.2. (2'000 / Serben gegen Medien), 2.3. (1'500 / Schliessung Kanzlei-Zentrum), 23.3. (1'000 / Schliessung Kanzlei-Zentrum), 30.3. (2'000 / Kurden gegen Türkei), 11.5. (1'000 / Griechen gegen Mazedonien), 25.5. (2'000 / Kroaten und Bosnier), 12.10. (1'000 / Kurden gegen Türkei), 23.10 (3'000 / Gewerkschafter), 26.10. (1'000 / Kurden gegen Türkei), 11.12. (5'000 / Frauen gegen Krieg in Bosnien).

Nachtrag zu 1991: Zürich: NZZ, 3.1.92 (3'000 / Schliessung Kanzlei-Zentrum).<sup>5</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.03.1993  
HANS HIRTER

Nicht nur in der Schweiz gehören Demonstrationen im Zusammenhang mit einer Wahl in die Landesregierung zu den äusserst seltenen Ereignissen. Anlässlich der Ersatzwahl für den sozialdemokratischen Bundesrat Felber demonstrierten **Frauen** sowohl vor dem Bundeshaus als auch an anderen Orten **für die Kandidatin Christiane Brunner**.

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.11.1993  
HANS HIRTER

In Zürich räumte die Polizei am 23. November die seit etwa zweieinhalb Jahren von Jugendlichen und sogenannten «Autonomen» besetzten Gebäude der ehemaligen **Wohlgroth-Fabrik** in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs. Es handelte sich dabei um das grösste zur Zeit in der Schweiz besetzte Areal. Die **Räumung** lief wider Erwarten ohne grössere Auseinandersetzungen ab. Bei verschiedenen Demonstrationen im Anschluss an die Räumung sowohl in Zürich als auch in anderen Städten entstand dann beträchtlicher Sachschaden; in Zürich wurde ein unbeteiligter Passant von Demonstranten schwer verletzt. Zu einer breiteren Solidarisierung mit den Vertriebenen kam es nicht, und die Manifestationen ebten rasch ab.<sup>6</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 17.12.1993  
HANS HIRTER

Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es auch im Rahmen von europaweit ausgeführten **Aktionen von Kurden gegen türkische Einrichtungen**. In Bern, wo kurdische Demonstranten auf das türkische Botschaftsgelände einzudringen versuchten, schossen Botschaftsangestellte in die Menge und verletzten dabei mehrere Demonstranten und einen Polizisten, wobei ein Kurde seinen Schussverletzungen erlag. Da die Türkei auf der diplomatischen Immunität ihrer Botschaftsangestellten beharrte, konnten die Schützen strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden. Im Herbst kam es an verschiedenen Orten in der Schweiz wie auch in Deutschland, Österreich, Grossbritannien und Dänemark zu weiteren Brandanschlägen gegen türkische Büros, Geschäfte und Vereinslokale. Die Ermittlungsbehörden nahmen an, dass auch hinter diesen Anschlägen die Kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) stand. Der Bundesrat beschloss, im Gegensatz zu den Regierungen Deutschlands und Frankreichs, auf ein Verbot der PKK einstweilen zu verzichten, diese aber intensiver zu überwachen als bisher, und die diesbezügliche Koordination mit den Polizeibehörden anderer europäischer Staaten zu verstärken.<sup>7</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 23.12.1995  
HANS HIRTER

Gleich wie in Deutschland kam es auch in der Schweiz zu mehreren **Anschlägen gegen türkische Lokale und Geschäfte**; die Täterschaft wurde in kurdischen Kreisen vermutet. Der Nationalrat lehnte eine Motion Moser (fp, AG) (Mo. 94.3397) für ein Verbot der militanten kurdischen Organisation PKK sowie der Tamil Tigers ab, welche beide im Verdacht stehen, mit Gewaltandrohungen bei ihren Landsleuten Geld einzutreiben. Auch der Protest gegen die **Atomversuche Frankreichs** im Pazifik bediente sich nicht allein friedlicher Mittel: bei Bern kam es zu zwei Anschlägen gegen französische TGV-Zugkompositionen. **Landwirte** führten aus Protest gegen die sinkenden Schweinefleischpreise zusätzlich zu Demonstrationen auch direkte Aktionen durch. An mehreren Orten blockierten sie mit Fahrzeugen die Auslieferung der Metzgereien und Verteilerzentren von Migros und Coop.<sup>8</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 27.07.1996

HANS HIRTER

Wie bereits im Vorjahr beschränkte sich der **Protest gegen die Zustände in der Türkei** nicht auf friedliche Kundgebungen. Mit Brandanschlägen auf türkische Geschäfte sowie der Besetzung des türkischen Konsulats in Basel resp. der Parteibüros der schweizerischen SP in Bern und Zürich protestierten Türken gegen die Missachtung der Menschenrechte in ihrem Heimatland.<sup>9</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 24.10.1996

HANS HIRTER

Von den Grosskundgebungen waren nur die beiden **Bauerndemonstrationen** von **Gewaltakten** begleitet: 2'500 Landwirte aus der Westschweiz hatten im September gegen die im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Rinderseuche BSE angekündigten Massenschlachtungen protestiert, indem sie mit 1'200 Traktoren die Autobahn A12 westlich von Freiburg für mehrere Stunden blockierten. Zu schweren Ausschreitungen kam es wenig später in Bern, als eine von rund 15'000 Personen besuchte nationale Kundgebung des Bauernverbandes von der Polizei mit Tränengas und Gummigeschossen aufgelöst wurde, nachdem einige Hundert Manifestanten versucht hatten, die Absperrung um das Bundeshaus gewaltsam zu durchbrechen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen zumeist sehr **jungen Demonstranten** und der Polizei kam es auch mehrfach in **Zürich**. Dabei gerieten an der sogenannten Nachdemonstration zur 1. Mai-Veranstaltung der Gewerkschaften und der SP auch friedliche Kundgebungsteilnehmer zwischen die Fronten. Als Sprecherin der einige Hundert zählenden, und sich als Antirassisten und Antifaschisten bezeichnenden Manifestanten trat mehrmals eine Organisation «Revolutionärer Aufbau Zürich» in Erscheinung.<sup>10</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 16.05.1998

HANS HIRTER

Zu **schweren Ausschreitungen** mit Sachschäden von rund CHF fünf Mio., 151 Verhaftungen und elf verletzten Polizisten kam es am 16. Mai in Genf im Zusammenhang mit dem dort durchgeführten Ministertreffen zum 50jährigen Bestehen der **WTO-** resp. GATT-Verträge. Im Anschluss an eine von rund 4'000 aus ganz Europa angereisten Manifestanten durchgeführte Protestdemonstration gegen die Globalisierung der Wirtschaft randalierten einige Hundert Personen. Sie demolierten Autos, plünderten Läden und lieferten der Polizei Strassenkämpfe. Diese Unruhen setzten sich während mehrerer Nächte fort.

In Zürich kam es im Anschluss an die 1. Mai-Feier der Linken zu den traditionellen Ausschreitungen der sogenannten «Autonomen» und zu Schlägereien zwischen diesen und einer Gruppe von etwa 50 rechtsradikalen Skinheads. Mehr als die Hälfte der 22 von der Polizei verhafteten Randalierer gehörten zu dieser letzteren Gruppe.<sup>11</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 16.02.1999

HANS HIRTER

Nach der **Verhaftung des Führers der PKK**, Öcalan, durch die türkischen Behörden kam es in der Schweiz, wo sich besonders viele kurdische Flüchtlinge aufhalten, zu **massiven Protesten**. Es fanden, wie auch in mehr als einem Dutzend anderer europäischer Länder, Besetzungsaktionen mit Geiselnahmen statt. Betroffen waren davon die griechische Botschaft resp. das Konsulat in Muri bei Bern resp. Zürich, UNO-Räume und ein SP-Sekretariat in Genf sowie das Sekretariat der FDP-Schweiz in Bern. Nach längeren Verhandlungen konnten diese Besetzungen ohne Gewalt beendet werden. In der Region Basel wurden auch mehrere Brandanschläge auf türkische Geschäfte verübt. Diese Protestaktionen kamen für die Polizei absolut unerwartet. Der Bundesrat wies aber die Kritik von Nationalrat Schlüer (svp, ZH), dass die Geheimdienste anderer Länder besser orientiert gewesen seien als die schweizerischen und deshalb Besetzungen haben verhindern können, als nicht haltbar zurück. Anschliessend an diese unmittelbar nach der Festnahme Öcalans ausbrechenden Gewalttätigkeiten führten Kurden in mehreren Städten Grosskundgebungen durch, die allesamt friedlich abliefen.<sup>12</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 29.03.1999

HANS HIRTER

Die Zuspitzung des **Konflikts im Kosovo** führte in der Schweiz, wo mehr als 200'000 Kosovo-Albaner und rund 40'000 Serben wohnhaft sind, zu einer **verstärkten Demonstrationstätigkeit** der beiden Volksgruppen und auch zu Befürchtungen über ein Überschwappen der Auseinandersetzung auf schweizerischen Boden. Die Kosovo-Albaner führten, wie seit Jahren üblich, Dutzende von Manifestationen durch, darunter auch wieder einige Grossdemonstrationen. Das Eingreifen der NATO und die Bombardierung von serbischen Städten veranlasste dann auch die Serben, in mehreren Städten auf die Strasse zu gehen. Dabei kam es an einigen Orten zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten aus dem Kosovo; in Genf forderten sie

ein (serbisches) Todesopfer.<sup>13</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.1999  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1'000 und mehr Beteiligten war mit 31 im Vergleich zum Vorjahr (32) stabil. Gut die Hälfte davon wurden von in der Schweiz lebenden Ausländern durchgeführt und hatten die Zustände in ihren Herkunftsländern im Visier (9 von Kurden, 5 von Kosovo-Albanern, 2 von Tamilen und 1 von Serben). Zehn Grossdemonstrationen – darunter die beiden grössten mit 18'000 resp. 15'000 Teilnehmern, beide in Bern durchgeführt – betrafen Arbeitsverhältnisse; die Hälfte davon wurde von Staatsangestellten organisiert. Zur grössten Zahl von Grossdemonstrationen kam es auch 1999 in der Bundesstadt Bern (9); in Genf waren es 8, in Zürich 7, in Basel, Lausanne und Neuenburg je 2 und in Liestal (BL) eine.

Demonstrationen mit 1'000 und mehr Teilnehmenden:

Bern: Kurden (1'000), Kosovo-Albaner (5'000), Kurden (3'000), Kurden (2'000), Staatsangestellte (15'000), Homosexuelle (6'000), Gewerkschafter (18'000), Kurden (3'000), Tamilen (10'000);

Genf: Kosovo-Albaner (2'000), Kosovo-Albaner (2'000), Kurden (3'500/Kurden), Schweizer und Kosovaren für liberale Flüchtlingspolitik (2'500), Tamilen (6'000), Bauarbeiter (1'500), gegen WTO (3'000), Bauarbeiter (2'000);

Zürich: Kurden (5'000), Serben gegen NATO (4'000), Kurden (1'000), Kosovo-Albaner (1'200), Homosexuelle (4'000), gegen ADtranz-Schliessung (3'000), Pflegepersonal (3'000);

Basel: Kurden (3'000), Kurden (1'500);

Lausanne: Christen (2'500), Staatspersonal (6'000);

Neuenburg: Staatsangestellte gegen Leistungslohn (1'500); Staatsangestellte gegen Leistungslohn (1'500);

Liestal (BL): gegen ADtranz-Schliessung (1'500).<sup>14</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 25.09.2000  
HANS HIRTER

Während es in der Schweiz auch früher zu Aktionen von gewaltbereiten Rechtsradikalen gekommen war (v.a. Angriffe auf Asylbewerber und ihre Unterkünfte), war das demonstrative öffentliche Auftreten doch relativ neu. Diese Präsenz führte auch zu **Gegenmanifestationen**. An mehreren Orten der Deutschschweiz wurden, meist nach provokativen Auftritten von Skinheads, Protestdemonstrationen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus durchgeführt (u.a. in Basel, Burgdorf, Liestal, Luzern, Malters/LU und St. Gallen). Vereinzelt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und der linksextremen Szene zuzuordnenden sogenannten „Antifa“-Gruppen (als selbst gewähltes Kürzel für antifaschistisch). In Bern konnte die Polizei Ausschreitungen zwischen rund 800 Teilnehmern an einem „Antifaschistischen Spaziergang“ und 250 rechtsradikalen Gegendemonstranten verhindern. Einen ähnlichen Einsatz hatte die Polizei auch in Zürich zu leisten.<sup>15</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2000  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten belief sich auf 16 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert (1999: 31). Verantwortlich dafür war der massive Rückgang der Anlässe, an welchen Tausende in der Schweiz lebende Ausländer gegen die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern protestiert hatten. Ihre Zahl ging von 17 auf eine einzige, von Tamilen durchgeführte Kundgebung zurück. Die Zahl der Demonstrationen von Ausländern blieb zwar hoch; da sich daran aber jeweils bloss höchstens einige hundert Personen beteiligten, sind sie hier nicht registriert. Wie bereits im Vorjahr hatten die grössten Demonstrationen die Arbeitsverhältnisse zum Thema. Die mit 20'000 Teilnehmenden am besten besuchte, führten die Gewerkschaften des SGB zugunsten von allgemeinen Lohnerhöhungen und gegen einen Stellenabbau bei den Staatsbetrieben durch. Am häufigsten kam es in der Bundesstadt Bern zu Grossdemonstrationen (5); in Zürich waren es 4, in Genf 2, in Biel, Lausanne, Liestal und St. Gallen je eine.<sup>16</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2000  
HANS HIRTER

Zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sachbeschädigungen kam es anlässlich einer unbewilligten Protestdemonstration gegen das **Weltwirtschaftsforum in Davos**. An diesem privaten Kongress nahmen neben Wirtschaftsführern auch US-Präsident Clinton und weitere hochrangige Politiker teil. An diesem gegen die Globalisierung gerichteten Protest beteiligten sich zum Teil dieselben Kreise, welche im Vorjahr mit Demonstrationen und anderen Aktionen versucht hatten, die Durchführung der WTO-Tagung in Seattle (US) zu verhindern. Zu Ausschreitungen kam es wie üblich auch bei der sogenannten Nachdemo des linksextremen „Schwarzen Blocks“ am 1. Mai in Zürich.<sup>17</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2001  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten war mit 25 wieder deutlich höher als im Vorjahr (16). Am häufigsten kam es in der Bundesstadt Bern zu Grossdemonstrationen (11); in Genf waren es 4, in Zürich 3, in Lausanne und Aarau je 2 und in Bellinzona, Chur und Kloten je eine. Elf dieser Grossmanifestationen wurden vom Personal öffentlicher Dienste (davon fünfmal Spitalangestellte) aus Protest gegen Sparmassnahmen der Kantone organisiert. Die Beschäftigten des Gesundheitswesens des Kantons Bern waren verantwortlich für die mit 13'000 Beteiligten grösste Demonstration des Berichtsjahres. Zweithäufigstes Thema von Grosskundgebungen war die Kritik an den Kriegsaktionen der USA in Afghanistan als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September. Ausländer machten nur dreimal mit grossen Demonstrationen auf Konflikte in ihren Heimatländern (zweimal Jugoslawien und Mazedonien, einmal Türkei) aufmerksam. Ebenfalls drei Grosskundgebungen führte das von Massentlassungen bedrohte Personal der Swissair durch.<sup>18</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2001  
HANS HIRTER

Im Zusammenhang mit den andauernden Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien (Kosovo, Mazedonien) erliess der Bundesrat ein Verbot für **albanische Aktivisten**, Geldsammlungen und Propagandaaktionen zugunsten des bewaffneten Kampfes durchzuführen.<sup>19</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2002  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten war mit 26 fast gleich hoch wie im Vorjahr (25). Am häufigsten kam es in der Bundesstadt Bern zu Grossdemonstrationen (8), gefolgt von Genf und Zürich mit je 4. Die grösste Kundgebung des Jahres fand ebenfalls in Bern statt: rund 20 000 Angestellte des Kantons Bern protestierten gegen die von der Regierung angekündigten Sparmassnahmen. Im Zusammenhang mit der Aushandlung eines neuen Gesamtarbeitsvertrags im Baugewerbe, welche auch von einem Streik begleitet war, fanden fünf Grossdemonstrationen statt. Die Landwirte führten ihre grossen Kundgebungen für einmal nicht zentral in Bern, sondern gleichzeitig in verschiedenen ländlichen Regionen durch. Aber nicht soziale Fragen, sondern die Konflikte im Nahen Osten (Israel und Irak) bildeten den häufigsten Anlass für die Durchführung von grossen Manifestationen. Im Gegensatz zu den 90er Jahren waren es im Berichtsjahr allerdings nicht die in der Schweiz wohnhaften Ausländer, welche bei den Grossdemonstrationen dominierten: nur gerade eine davon wurde von ihnen durchgeführt (Protest von Palästinensern gegen die israelische Politik).<sup>20</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2002  
HANS HIRTER

Nachdem es 2001 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten gegen den Kongress des **Weltwirtschaftsforums** (World Economic Forum, WEF) in Davos (GR) und der Polizei gekommen war, fand die diesjährige Tagung in New York statt. Bei einer in Zürich ohne Bewilligung durchgeführten Protestkundgebung gegen den WEF-Kongress in den USA kam es zu heftigen Ausschreitungen und Sachschäden von mehreren hunderttausend Franken. Um für das Jahr 2003 eine Rückkehr dieses von prominenten Politikern und Wirtschaftsführern aus aller Welt besuchten privaten Kongresses nach Davos zu ermöglichen, nahmen die Organisatoren sowie die lokalen und kantonalen Behörden Gespräche mit den an den Demonstrationen beteiligten Gruppen auf.<sup>21</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 20.02.2003  
HANS HIRTER

Der Kongress des **Weltwirtschaftsforums** (World Economic Forum, WEF) wurde nach einem Abstecher nach New York dieses Jahr wieder in Davos (GR) durchgeführt. Erwartet wurden an diesem mehrere Tage dauernden privaten Kongress mit über 2000 Politikern, Wirtschaftsführern und Wissenschaftlern auch mehrere hohe Regierungsvertreter (u.a. US-Aussenminister Powell). Angesichts früherer Erfahrungen und der aggressiven Parolen eines Teils der zu Gegendemonstrationen aufrufenden Globalisierungsgegner („Wipe out WEF“, d.h. „fegt das WEF weg“) ergriffen die Behörden unter Federführung des Kantons Graubünden rigorose Schutzmassnahmen. Zur Sicherung des Kongresses und seiner Logistik standen auch rund 2000 Armeeinghörige im Einsatz. Demonstrationen in Davos selbst waren zwar nicht verboten, die Behörden beharrten allerdings auf einer strengen **Kontrolle der zureisenden Demonstranten** und ihrer mitgeführten Rucksäcke. Damit sollte verhindert werden, dass gewaltbereite Demonstranten ihre Utensilien (Stöcke, Steinschleudern etc.) mitführen können. Die im so genannten Oltener Bündnis organisierten Gruppen, welche neben linksradikalen Organisationen auch Kirchen, Gewerkschaften und die GP umfassten, sahen darin eine Beeinträchtigung der demokratischen Rechte und waren nicht bereit, sich diesen auch bei Sportanlässen üblichen Kontrollen zu unterziehen. Diese unversöhnliche Haltung bewog die SP, und – nach den Ausschreitungen – auch die GP, sich vom Oltener Bündnis zu distanzieren. Nach langem Hin und Her an der Kontrollstation Fideris und beim Bahnhof Landquart (GR) passierte am 25. Januar nur eine Minderheit den Kontrollposten und führte in Davos eine Demonstration mit rund 1500 Beteiligten durch. In Landquart selbst war es zu einigen Scharmützeln zwischen Demonstranten, welche den Zugverkehr lahm legten und die Autobahn zu sperren versuchten, und der Polizei gekommen. Als Novum waren dabei die kantonalen Polizeitruppen durch deutsche Kollegen mit Wasserwerfern verstärkt worden. Zu **heftigen Auseinandersetzungen** kam es dann am Abend **in Bern**. Nachdem der harte Kern der aus Graubünden heimreisenden Manifestanten das Polizeidispositiv in Zürich als zu stark eingeschätzt hatte, reiste er im Zug weiter in die Bundesstadt, wo sich rund 1000 Personen mit der Polizei stundenlange Strassenschlachten lieferten. Der Sachschaden durch Zerstörungen und Plünderungen von Geschäften wurde auf über 600'000 Fr. geschätzt.<sup>22</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 08.03.2003  
HANS HIRTER

Auf Anfrage der betroffenen Kantone Genf, Waadt und Wallis hatte der Bundesrat den **subsidiären Einsatz der Armee** zugesichert. Da das in Aussicht gestellte Kontingent mit rund 4500 Personen die in der Verfassung festgelegte Obergrenze von 2000 Personen überschritt, musste der Truppeneinsatz vom Parlament bewilligt werden. Der Nationalrat stimmte gegen den Widerstand der SP und der Grünen zu. Diese hatten als Ergänzung zum Militäraufgebot vergeblich zusätzliche organisatorische Hilfen für die Globalisierungskritiker und Massnahmen zum Schutz der Demonstrationsfreiheit gefordert. Das Dispositiv sah die Armee – wie bereits in Davos – nicht für den Einsatz gegen Demonstranten vor, sondern zur Bewachung und Sicherung (etwa des Luftraums und des Genfer Flughafens) sowie für Transport- und andere logistische Aufgaben. Ebenfalls vom Parlament gutgeheissen werden mussten zwei Staatsverträge mit Frankreich. Der eine betraf die militärische Zusammenarbeit namentlich zur Absicherung des Luftraums und des Schiffverkehrs auf dem Genfersee, der andere die generelle Zusammenarbeit und die Verpflichtung Frankreichs, einen Teil der der Schweiz erwachsenden Kosten zu übernehmen.<sup>23</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.03.2003  
HANS HIRTER

Der Nationalrat nahm lediglich Kenntnis von einer Petition der Jugendsession 2002, welche ein Verbot von **Gummigeschossen, chemischen Zusätzen bei Wasserwerfern und chemischen Kampfstoffen** bei grossen Demonstrationen forderte. Der Antrag der linken Minderheit der Rechtskommission, zumindest mit einer Motion eine bundesrechtliche Regelung für den Einsatz von chemischen Substanzen durch die Polizei und ein Verbot für die Verwendung gesundheitsgefährdender Stoffe zu verlangen, fand im Plenum keine Zustimmung.<sup>24</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 26.05.2003  
HANS HIRTER

Die vom französischen Staatspräsidenten Chirac auf den 1. bis 3. Juni einberufene Konferenz der Staatsoberhäupter der sieben wichtigsten Industriestaaten und Russlands (**G8-Gipfel**) in Evian am **französischen Ufer des Genfersees** verlangte von der Schweiz umfangreiche Sicherheitsmassnahmen. Dies hatte seinen Grund einerseits in der potentiellen Gefährdung der prominenten Anwesenden durch Terroristen. Mangels geeigneter Unterkunftsmöglichkeiten in Frankreich mussten die meisten Politiker und ihre Delegationen in der Schweiz einquartiert werden. Andererseits hatten frühere

Gipfeltreffen wie etwa dasjenige von Genua (I) im Jahre 2001 gezeigt, dass dabei nicht nur mit grossen Gegendemonstrationen von Globalisierungskritikern zu rechnen war. Ein Teil der aus ganz Europa anreisenden Demonstranten ist seit einigen Jahren bei derartigen Protestkundgebungen – geschützt von der Masse der friedlichen Manifestanten – vor allem auf Gewaltanwendung gegen als „Symbole des Kapitalismus“ bezeichnete Gebäude (Banken, amerikanische Restaurant- und Hotelketten) und die Ordnungskräfte aus, und sie kündigten dies auch für den Gipfel in Evian auf ihren Informationsseiten im Internet entsprechend an. Diese **Protestkundgebungen** sollten nicht im hermetisch abriegelten französischen Kurort Evian, sondern **in den schweizerischen Grossstädten Genf und Lausanne** durchgeführt werden. Die kantonalen und eidgenössischen Behörden bereiteten sich mit umfangreichen Massnahmen auf den G8-Gipfel und die Gegendemonstrationen vor. Neben einem grossen Aufgebot an Sicherheitskräften gehörten dazu auch Infrastrukturen für die aus ganz Europa anreisenden Demonstranten. So wurden für sie in Lausanne und Genf für je mehrere Hunderttausend Franken Zeltlager aufgebaut.<sup>25</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2003  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten war mit 58 mehr als doppelt so hoch wie im Mittel der vergangenen Jahre (2002: 26). Hauptverantwortlich für diese stark angestiegene Demonstrationshäufigkeit war der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak. An nicht weniger als 24 Grosskundgebungen wurde in den Monaten Februar und März gegen das Vorgehen der USA protestiert. Zweithäufigster Anlass für die Durchführung von Demonstrationen mit mindestens 1000 Beteiligten waren staatliche Sparmassnahmen, namentlich im Bildungsbereich (11 Kundgebungen). Am häufigsten kam es in der Bundesstadt Bern zu Grossdemonstrationen (14), gefolgt von Zürich mit 11 sowie Genf und Lausanne mit je 6. Die grösste Kundgebung des Jahres fand in Bern statt: am 15. Februar demonstrierten rund 40'000 Personen gegen den drohenden Einmarsch der Amerikaner und ihrer Verbündeten in den Irak. Aufgerufen zu dieser Demonstration, welche zeitgleich mit Manifestationen in der ganzen Welt stattfand, hatten rund 120 Organisationen aus dem linken Politiklager. Auffallend war, dass sich, ähnlich wie bei den Anti-Globalisierungskundgebungen, sehr viele Jugendliche an diesen Anti-USA-Demonstrationen beteiligten. Am Tag des Kriegsausbruchs kam es in fast allen Städten der Schweiz zu spontan organisierten Protestkundgebungen von Schülerinnen und Schülern, an denen sich insgesamt rund 40'000 Personen beteiligten. Weitere sehr grosse Manifestationen mit mehr als 25'000 Teilnehmenden fanden dreimal in Bern (4. Irakdemo; gegen Einschränkungen für Motorradfahrer; für sichere Renten) und einmal in Genf (gegen den G8-Gipfel) statt.<sup>26</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2004  
HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten schrumpfte, nach der Verdoppelung im Vorjahr infolge des Irak-Kriegs, wieder auf das übliche Mass zusammen. Es fanden insgesamt 40 statt (2003: 58); am häufigsten in der Bundesstadt Bern (11), gefolgt von Genf (6), Zürich (5) sowie Lausanne (4). Die grösste Kundgebung des Jahres wurde vom Gewerkschaftsbund in Bern mit rund 15'000 Beteiligten durchgeführt. Häufigster Anlass für Grosskundgebungen waren Sparmassnahmen der Kantone. Staatsangestellte führten insgesamt 14 derartige Protestkundgebungen durch, zudem manifestierte die betroffene Bevölkerung dreimal an grossen Demonstrationen gegen Spitalschliessungen. Im Gegensatz zum Vorjahr fanden nur ganz wenige Grosskundgebungen (3) zu internationalen Themen statt. Die Demonstrationen von Ausländern gegen die Zustände in ihren Herkunftsstaaten (v.a. von Kurden und TAMILIEN), welche noch in den 90er Jahren die schweizerische Kundgebungsstatistik dominiert hatten, fanden, wenn überhaupt, in kleinem Rahmen statt.<sup>27</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2004  
HANS HIRTER

Der Kongress des **Weltwirtschaftsforums** (WEF) in Davos (GR), welcher in den letzten Jahren jeweils zu Gegendemonstrationen von Globalisierungsgegnern und meist auch zu Ausschreitungen geführt hatte, verlief dieses Jahr nahezu ohne diese Begleiterscheinungen. Nach den Vorfällen im Vorjahr hatten sich Organisationen mit grossem Mobilisierungspotential wie Gewerkschaften, Kirchen und auch die SP mit den militanten linksradikalen Kräften zerstritten und waren nicht mehr zu gemeinsamen Aktionen bereit. Radikale Gruppen führten in einer Reihe von Schweizer Städten kleine Kundgebungen durch, wobei es lediglich zu einzelnen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.<sup>28</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 31.01.2005

HANS HIRTER

Die Protestdemonstrationen der Anti-Globalisierer, welche seit einigen Jahren den Kongress des **Weltwirtschaftsforums** (WEF) in Davos (GR) begleiten, fielen in diesem Jahr noch kleiner aus als im Vorjahr. Nachdem sie einige kleine friedliche Manifestationen in mittelgrossen Städten durchgeführt hatten, verzichteten die WEF-Gegner auf eine ursprünglich geplante zentrale Kundgebung in Bern. Als Grund gaben sie die Bedingungen der Stadtbehörden an, welche zwar eine Kundgebung auf dem Bundesplatz, nicht aber einen Demonstrationzug am Samstag Nachmittag durch die Geschäftsstrassen der Innenstadt erlaubt hatten.<sup>29</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 31.12.2005

HANS HIRTER

Die Zahl der **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten war im Berichtsjahr stark rückläufig. Es fanden nur gerade 12 statt (2004: 40); das ist die geringste Zahl von Grosskundgebungen seit dem Beginn unserer Statistik (1988). Am häufigsten waren diese wie üblich in der Bundesstadt Bern (6), an keinem anderen Ort fand 2005 mehr als eine statt. Die grösste Kundgebung des Jahres wurde in Bern mit rund 10'000 Beteiligten von den Bauernverbänden durchgeführt. Häufigster Anlass für Grosskundgebungen waren Proteste des Staatspersonals gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (3). Wie im Vorjahr fanden kaum Grosskundgebungen zu internationalen Themen statt. Die einzige wurde in Lausanne von Türken zur Feier der Staatsgründung organisiert. Grossdemonstrationen von in der Schweiz ansässigen Ausländern gegen die Zustände in ihren Herkunftsstaaten (v.a. von Kurden, Albanern, Tibetern und Tamilen) fanden nur in kleinem Rahmen statt.<sup>30</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 31.12.2006

HANS HIRTER

Zu **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten kam es im Berichtsjahr praktisch nur in Bern. Nicht weniger als 13 der insgesamt 17 Veranstaltungen fanden in der Bundesstadt statt. Daneben fanden nur noch in Basel, Lausanne, Zürich sowie im bernjurassischen Dorf Reconvilier je eine Massenkundgebung statt. Die grösste Manifestation wurde von Gewerkschaftern in Bern durchgeführt; rund 25'000 Personen protestierten für mehr Lohn. Die zweitgrösste Demonstration fand vor dem Bundeshaus in Bern statt und richtete sich im Vorfeld der Volksabstimmung gegen die Verschärfung des Asylrechts. Aussergewöhnlich war die Manifestation von rund 10'000 Ärztinnen und Ärzten ebenfalls vor dem Bundeshaus, die Mehrzahl in weissen Arztkitteln. Das Hauptkontingent stellten die Hausärzte, welche bessere Arbeitsbedingungen und eine praxisnahe Aus- und Weiterbildung forderten. Nachdem sie während einigen Jahren kaum mehr grössere Protestkundgebungen gegen die Verhältnisse in ihren Heimatländern durchgeführt hatten, wurden nun auch die Flüchtlinge wieder aktiver: Kurden und Tamilen (zweimal) führten in Bern grosse Demonstrationen durch. In mehr oder weniger engem Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt standen vier weitere Grossdemonstrationen auf dem Bundesplatz. Je einmal protestierten rund 3000 Personen für resp. gegen Israel und seine Politik, zweimal gaben Muslime ihrer Empörung über Mohamed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung Ausdruck.<sup>31</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 31.12.2006

HANS HIRTER

Zu ernsthaften **Ausschreitungen** im Umfeld von politischen Manifestationen kam es einzig bei den seit Jahren fast immer von Unruhen und Strassenkämpfen begleiteten 1. Mai-Feiern der Linken in Zürich.<sup>32</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 26.07.2007

HANS HIRTER

In der Stadt Genf räumte die Polizei ein seit den 80er Jahren besetztes Haus, das als Symbol der in **Genf** immer noch sehr aktiven **Hausbesetzerszene** galt; diese okkupiert im Stadtzentrum immer noch über 20 Gebäude.<sup>33</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**

DATUM: 06.10.2007

HANS HIRTER

Zu ernsthaften Ausschreitungen im Umfeld von politischen Manifestationen kam es insbesondere anlässlich einer **SVP-Demonstration am 6. Oktober**, also kurz vor den eidgenössischen Wahlen in Bern. Die SVP beabsichtigte, mit Bundesrat Blocher an der Spitze, einen Demonstrationzug durch die Berner Altstadt auf den Bundesplatz durchzuführen. Eine Gegenkundgebung ebenfalls in der Altstadt wurde von lokalen grünen Parteien, Jungparteien und Gewerkschaften unterstützt, von den Gemeindebehörden aber nicht bewilligt. Während sich gut 5000 SVP-Demonstranten vor dem unteren Ende der Altstadt zum Abmarsch bereit machten, versammelten sich rund 2000 Gegendemonstranten auf dem Münsterplatz nahe an der Marschrouten. Einige Hundert Gegendemonstranten blieben allerdings nicht dort, sondern errichteten Strassenblockaden am Eingang zur unteren Altstadt, zerstörten Material für die SVP-

Kundgebung auf dem Bundesplatz, attackierten dort auch Personen und lieferten sich in den engen Altstadtgassen Scharmützel mit der Polizei. Die Polizei räumte unter Einsatz von Tränengas und Gummischrot die Strassenblockaden und nahm 42 Gegenmanifestanten fest. Die SVP, in deren Demonstrationzug sich auch ca. hundert Rechtsextremisten und bekannte Neonazis eingereiht hatten, brach in der Folge ihre Demonstration ab. Bereits drei Wochen zuvor war es bei einem Auftritt von Bundesrat Blocher in Lausanne zu Protestaktionen mit heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten gekommen.<sup>34</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2007  
HANS HIRTER

Im Berichtsjahr fanden sechzehn **Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten statt (2006: 17). Fünf davon wurden in der Bundesstadt Bern durchgeführt. Daneben kam es in Zürich (4), Genf und Lausanne (je 2), sowie in Basel, Luzern und Würenlingen (AG) zu Massenkundgebungen. Die grösste Manifestation wurde von rund 15'000 Bauarbeitern in Zürich durchgeführt. In Bern fanden im Zusammenhang mit den eidgenössischen Wahlen drei Grossdemonstrationen statt. Ebenfalls je drei Manifestationen richteten sich gegen die schweizerische Asyl- und Ausländerpolitik resp. forderten einen Gesamtarbeitsvertrag im Baugewerbe.<sup>35</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 06.11.2008  
HANS HIRTER

An verschiedenen Orten der Schweiz kam es im Oktober zu rund einem **Dutzend Brandanschlägen und anderen Zerstörungsaktionen** gegen türkische Geschäfte, Vereinsgebäude und Moscheen. Aufgrund von Bekennerschreiben vermutete die Polizei, dass es sich um Protestaktionen der **Jugendorganisation der kurdischen Organisation PKK** handelte. Diese führte parallel dazu in Zürich und Basel auch Demonstrationen gegen die Haftbedingungen des früheren PKK-Chefs Öcalan in der Türkei durch. Der Bundesrat schränkte als Reaktion darauf die Aktivitäten der PKK stark ein und verbot beispielsweise Geldsammlungen zu anderen als humanitären Zwecken.<sup>36</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2008  
HANS HIRTER

Im Berichtsjahr fanden **17 Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten statt. Die grösste führten 12'000 Kantonsangestellte in Lausanne durch. Am häufigsten fanden Grosskundgebungen in der Bundesstadt Bern statt (5), gefolgt von Zürich (4) sowie Lausanne und Bellinzona (2). Bei sechs dieser Manifestationen protestierten in der Schweiz ansässige Ausländer gegen die Verhältnisse in ihren Herkunftsländern; dabei ging es dreimal um Kosovo/Serbien, zweimal um Tibet/China und einmal um Sri Lanka.<sup>37</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 23.06.2009  
HANS HIRTER

Im Sommer kam ein Runder Tisch unter der Leitung von Bundesrat Maurer zum Schluss, dass eine breite Repressionspolitik mit der präventiven Registrierung aller Fussball- und Eishockeyzuschauer (so genannte **Fancard**) eher ungeeignet sei, um Ausschreitungen an und im Umfeld von Sportveranstaltungen zu verhindern. In Projektgruppen soll aber geklärt werden, wie die Identität der oft vermummten Krawallmacher besser eruiert werden kann, wie das Verbot des Abbrennens von Fackeln (so genanntes pyrotechnisches Material) durchgesetzt und wie der übermässige Alkoholkonsum, der gewalttätiges Verhalten oft begünstigt, eingeschränkt werden kann.<sup>38</sup>

#### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 31.12.2009  
HANS HIRTER

Im Jahr 2009 fanden **23 Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten statt, die grösste mit rund 25'000 Personen führten die Gewerkschaften am 19. September in Bern durch. Je sieben Grossdemonstrationen fanden in Bern und Genf statt, je zwei in Luzern und Zürich sowie je eine in Aarau, Freiburg, Lausanne, St. Gallen und Sempach (LU). Mehr als ein Drittel dieser Kundgebungen (9) hatten aussenpolitische Fragen zum Thema; besonders häufig demonstrierten in der Schweiz ansässige Tamilen gegen den Bürgerkrieg in ihrer Heimat Sri Lanka. Sie führten neben einer Reihe von kleineren Manifestationen auch fünf Grossdemonstrationen mit bis zu 14'000 Teilnehmenden durch. Sehr aktiv waren im Berichtsjahr auch die Ärzte, welche an einem nationalen Aktionstag am 1. April in Aarau, Bern, Luzern, St. Gallen und Zürich je gut 1000 Personen auf die Strasse brachten.<sup>39</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Jahr 2010 fanden **14 Grossdemonstrationen** mit 1000 und mehr Beteiligten statt. An zwei Kundgebungen nahmen mehr als 5000 Personen teil. Im März demonstrierten rund 6000 Personen auf dem Bundesplatz für die Gleichstellung der Geschlechter und im April unterstützten rund 5000 Personen die Solidaritätskundgebung für Tibet in Zürich. In Bern fanden acht Grossdemonstrationen statt, in Genf und Zürich je zwei, in Freiburg und in Gösgen je eine. Im Gegensatz zum Vorjahr, als bei 25 Grossdemonstrationen mehrheitlich aussenpolitische Fragen bewegt hatten, standen 2010 vermehrt spezifische Interessen einzelner Gruppen im Vordergrund: neben Gleichstellungsfragen waren etwa Proteste von Wirten gegen die Mehrwertsteuer, von Lehrern für bessere Arbeitsbedingungen, von Postangestellten gegen Poststellenabbau und Rationalisierung, von Jugendlichen für Genfer Konzertlokale oder von Velofahrern gegen den Autoverkehr Gründe für die Protestaktionen. Darüber hinaus bewegten Solidaritätskundgebungen für verfolgte Christen und für Ausländer, darunter die Protestdemonstration gegen die Annahme der Ausschaffungsinitiative. In Gösgen demonstrierten rund 4000 Personen gegen das AKW und in Bern nahmen etwa 1000 Linksautonome am antifaschistischen Abendspaziergang teil.<sup>40</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 26.08.2011  
NADJA ACKERMANN

Einen andern Weg beschritt der **BSC YB**. Der Berner Fussballclub übernimmt die Verantwortung für die SBB-Extrazüge seiner Fans. Dabei sollen YB-Angestellte auch die Funktion des Schaffners übernehmen. Die SBB begrüsst diese Entscheidung und hofft, dass weitere Vereine folgen werden, damit die Millionenschäden an den Zügen künftig ausbleiben.<sup>41</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 01.09.2011  
NADJA ACKERMANN

Am 1. September 2011 fand der letzte **Runde Tisch** mit Vertretern aus Fussball-Liga, Bund, Kantonen, Städten und Polizei statt. Die Verhandlungen blieben aber ergebnislos. Der vom Bund initiierte Runde Tisch wurde deshalb nach drei Jahren aufgelöst. Im Anschluss konnten sich aber die Swiss Football League (SFL) und die Vereine einigen, dass Rayonverbote gegen Hooligans künftig für die ganze Schweiz gelten, Straftäter konsequenter und rascher verfolgt werden und dass ein einheitliches Konzept für den Umgang mit Gästefans entwickelt werden solle. Eine flächendeckende ID-Kontrolle wurde aber weiterhin abgelehnt.<sup>42</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.10.2011  
NADJA ACKERMANN

Im Jahr 2011 haben acht Grossdemonstrationen mit mehr als 1000 Teilnehmern stattgefunden. Die grösste, vom Netzwerk „Menschenstrom gegen Atom“ organisierte Kundgebung fand im Kanton Aargau statt, wo über 20'000 Personen gegen die **Atomenergie** demonstrierten. In Bern besetzten Aktivist\*innen während elf Wochen den Viktoriaplatz und forderten die BKW auf, das Atomkraftwerk Mühleberg abzuschalten. Nach erfolglosen Verhandlungen liess die Stadt Bern das Camp Ende Juni räumen. Der Ausstieg aus der Atomenergie war auch das Thema des traditionellen Ostermarsches und der Schülerdemonstration in Bern im Mai. Am 13.6. haben in Mühleberg mehr als 1000 Menschen für die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg demonstriert. Weitere **Kundgebungen** mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1.-Mai-Demonstrationen) gab es zur Schliessung der Papierfabrik Biberist (3000 Beteiligte), zu Rechten von homosexuellen Paaren bei der Adoption (1500 Beteiligte), zum Verschwinden der Islamophobie (1000 Beteiligte) und zur Albigütli-Tagung der SVP (1500 Beteiligte).<sup>43</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 31.10.2011  
NADJA ACKERMANN

Neben diesen beiden grossen Gruppen von Demonstrationen fanden diverse **Proteste von Minderheiten** statt. So forderten in Bern im Oktober etwa 1000 Muslime das Verschwinden der Islamophobie. Ebenfalls in Bern demonstrierten im Mai 1500 Personen für die gleichen Rechte homosexueller Paare bei der Adoption von Kindern.<sup>44</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 01.12.2011  
NADJA ACKERMANN

Während die Kundgebungen gegen die Atomenergie ihren Schwerpunkt in Bern hatten, war die **Occupy-Bewegung** in Zürich ausgeprägter. Dort forderten erstmals Mitte Oktober 1000 Menschen einen Stopp des Kasino-Bankings. Etwa vierzig Aktivist\*innen schlugen dann ihr Camp auf dem Lindenhof auf. An den folgenden drei Wochenenden fand jeweils wieder eine Kundgebung auf dem Paradeplatz statt, die aber immer weniger Zulauf fand. Nachdem die Polizei das Camp auf dem Lindenhof Mitte November geräumt hatte, zogen die Aktivist\*innen für kurze Zeit zur St. Jakob Kirche, bevor sie das Lager auflösten.<sup>45</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.03.2012  
NADJA ACKERMANN

Die **Occupy**-Bewegung in Zürich, welche vergangenes Berichtjahr noch 1000 Personen mobilisieren konnte, wurde zunehmend marginalisiert. Im Januar sorgte sie noch mit einem Iglu-Camp am WEF in Davos für Aufsehen. Weil sich die Bewegung nicht an die Spielregeln gehalten hatte, wird die Occupy in Zürich nicht mehr toleriert, so dass es keine unbewilligten Demonstrationen und Camps auf öffentlichem Grund mehr geben wird.<sup>46</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 01.10.2012  
NADJA ACKERMANN

Mit einer einstündigen Aktion, bei welcher ein Banner mit der Aufschrift „**Free Pussy Riot**“ auf dem Grossmünster entrollt wurde, sorgten die Mitglieder des „Freien Punk Komitees“ für Aufsehen. Sie wollten damit nicht nur für die Freilassung von Pussy Riot sondern auch von allen politischen Gefangenen ein Zeichen setzen. Eine ähnliche Aktion gab es am 1. Oktober in Bern, wo ein Transparent mit derselben Aufschrift am Münster befestigt wurde.<sup>47</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 12.12.2012  
NADJA ACKERMANN

Am 11. März fand in Mühleberg die dritte Manifestation „**Menschenstrom gegen Atom**“ statt. Tausend Menschen forderten friedlich die sofortige Abschaltung der AKW Mühleberg und Beznau. Ebenfalls im März demonstrierten in der Bundeshauptstadt 4000 **Physiotherapeuten** für höhere Leistungstarife, welche seit vierzehn Jahren nicht mehr angepasst worden sind. Für bessere Arbeitsbedingungen demonstrierten auch die St. Galler Volksschullehrer. Am 12. Dezember forderten 15'000 Lehrerinnen und Lehrer weniger Arbeitsaufwand für Lehrkräfte. In Bern fand unter dem Namen „**Tanz dich frei**“ in der Nacht auf den 4. Juni die grösste Jugenddemonstration seit 25 Jahren statt. Rund 10'000 Jugendliche nahmen am via Facebook organisierten, unbewilligten, aber tolerierten Anlass teil, um gegen die Trägheit des Berner Nachtlebens zu demonstrieren. Am 23. Juni fand in Bern ein Protestzug von rund 5000 Personen gegen die **Verschärfung des Asylrechts** statt. Der Anlass war eine Antwort auf die vom Nationalrat gutgeheissene Revision des Asylrechts, nach welcher Asylsuchende nur noch Not- statt Sozialhilfe beziehen können. Im August haben in Bern gegen 1000 Personen für die Rechte von **Nicht-Heterosexuellen** demonstriert.<sup>48</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 21.09.2013  
NADJA ACKERMANN

Am 15. April 2013 haben in Lausanne rund tausend Personen gegen die Spekulation mit Rohstoffen manifestiert. Am 21. September haben in Bern 15'000 Gewerkschaftsmitglieder gegen „Lohndumping und Rentenklau“ **demonstriert** und den Verkehr im Stadtzentrum vorübergehend lahm gelegt.<sup>49</sup>

### Kriminalität

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 28.12.1993  
HANS HIRTER

Erstmals seit 1988 ist 1992 die Gesamtheit der bei der Polizei angezeigten Verbrechen und Vergehen wieder zurückgegangen. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war eine Abnahme bei den gemeldeten Diebstählen; die angezeigten **Gewaltdelikte** wie Raub oder Körperverletzung nahmen jedoch weiterhin zu. Die wachsende Angst eines Teils der Bevölkerung, Opfer eines Verbrechens zu werden, liess die öffentliche resp. die innere Sicherheit auch zu einem wichtigen politischen Thema werden. Nach einer recht **emotionalen Debatte** im Sommer präsentierten im Oktober sowohl die FDP als auch die CVP ihre Thesen und Vorschläge zu dieser Problematik. Bei der Ursachenforschung vermieden beide Parteien Schuldzuweisungen an politische Gegner oder bestimmte Bevölkerungsgruppen. Sie machten für die wachsende Kriminalität eher allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen wie zunehmende Anonymität und Wertewandel verantwortlich. Als Gegenmittel schlugen sie einen Ausbau der Strafverfolgungs- und -vollzugsbehörden vor, was freilich nicht ohne zusätzliches Personal und neue Strafvollzugsanstalten zu bewerkstelligen wäre. Auch Exponenten der SVP äusserten sich in ähnlicher Weise. Bundesrat Koller beauftragte eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit der Abklärung der Frage, welche Beiträge das EJPD zur Verbesserung der Situation leisten kann. Wenig Resonanz fand dieses Thema bei der SP, die zwar ebenfalls Vollzugsprobleme konstatierte, sonst aber den Verdacht äusserte, dass dieses Thema von den bürgerlichen Parteien hochgespielt werde, um von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken und um Wählerstimmen zu erobern. Zumindest im lokalen Rahmen wurde ihre Anschuldigung bestätigt, als die Zürcher SVP in Wahlkampfinseraten die «Linken und Netten» für die zunehmende Kriminalität verantwortlich machte.<sup>50</sup>

## Polizei

Immer wieder berichtete die Presse im Jahr 2016 von der vermehrten Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten und der zunehmenden Brutalität der Angriffe. Waren im Jahr 2000 noch knapp 800 Anzeigen wegen Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte eingegangen, verzeichnete die Kriminalstatistik 2015 deren 2800 – mehr als dreimal so viele wie zu Beginn des Jahrtausends. Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB) sowie verschiedene Kantons- und Stadtpolizeien monierten abnehmenden Respekt und zunehmende Rücksichtslosigkeit gegenüber den Beamten. Die Situation habe sich in den vergangenen Jahren stark verschlimmert, konstatierte VSPB-Generalsekretär Max Hofmann gegenüber dem Tages-Anzeiger, und dennoch stosse man bei der Politik auf «taube Ohren». Zusammen mit dem Tessiner Verein «Amici delle Forze di Polizia Svizzera» und dem Verband der Tessiner Kommunalpolizeien lancierte der VSPB deshalb eine Online-Petition mit der **Forderung nach schärferen Strafen bei Gewalt gegen die Polizei**. Damit wollte er den Druck auf die Politik erhöhen, denn durch deren bisherige Untätigkeit – eine Petition des VSPB aus dem Jahr 2010 sowie mehrere Standesinitiativen (VD: Kt.IV. 11.312; GE: Kt.IV. 12.306; TI: Kt.IV. 14.301) waren im Parlament noch pendent – fühlten sich die Polizeibeamten nicht mehr ernst genommen, so Hofmann. Besonders betroffen seien die Ordnungskräfte in den Städten, wo sie – vor allem in Zürich und Bern – immer wieder ins Visier der linksextremen Szene gelangten oder im Rahmen von emotionsgeladenen Sportveranstaltungen mit Hooligans zu tun hätten. Doch auch einzelne, «schlecht gelaunte Mitmenschen» würden etwa im Rahmen von Personenkontrollen vermehrt ausfällig oder sogar gewalttätig, schilderte das St. Galler Tagblatt. Die Präsidentin des VSPB, Johanna Bundi Ryser, bezeichnete die Situation in derselben Zeitung als «alarmierend». Eine Gesetzesverschärfung allein löse das Problem zwar nicht, aber die jetzige Strafpraxis sei «inakzeptabel»; Gewalt dürfe für Polizistinnen und Polizisten kein Berufsrisiko sein. Von einem höheren Strafmass erhoffte sie sich vor allem eine abschreckende Wirkung.

Politische Unterstützung erhielt das Anliegen schliesslich von den beiden Nationalräten Bernhard Guhl (bdp, AG) und Marco Romano (cvp, TI) sowie Nationalrätin Sylvia Flückiger-Bäni (svp, AG). Während die Aargauer SVP-Vertreterin eine entsprechende Motion einreichte, setzten Romano und Guhl auf parlamentarische Initiativen. Guhl versprach zudem als Präsident der parlamentarischen Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen, die Parlamentsangehörigen für das Thema sensibilisieren zu wollen. Auch in den Kantonsparlamenten, wo gemäss NZZ «die Klagen der Beamten unmittelbar vernommen werden», wurde das Thema debattiert. So legte etwa der Kanton Bern eine weitere Standesinitiative (Kt.IV. 16.317) für die Verschärfung der Strafen nach.<sup>51</sup>

1) Vernehmlassungsbericht zum Bundesgesetz über das Gesichtsverhüllungsverbot; LT, 3.7.18; AZ, Blick, Lib., 24.9.18; AZ, SGT, TA, 25.9.18; BaZ, 26.9.18; LT, 27.9.18; TZ, 28.9.18; TG, 3.10.18; TZ, 6.10.18; AZ, 12.10., 13.10.18; CdT, TA, 19.10.18; SN, 23.10.18; OWZ, 25.10.18; CdT, TG, 13.12.18; AZ, 3.1.19

2) NZZ, 23.2.90, 3.3.90

3) 24 Heures, 12.3., 9.4 und 10.9.1990; BZ, 30.4.1990; JdG, 5.2., 5.3., 26.3., 18.5., 21.5., 28.5., 11.10. und 14.11.1990; NZZ, 12.3., 2.4. und 21.5.1990; Presse vom 5.3 und 18.6.1990; SGT, 19.3.1990; TA, 25.6., 9.7., 31.7., 3.9., 17.9., 10.11. und 10.12.1990

4) AB NR, 1992, S. 2682 ff.; LZ, 20.11., 26.11. und 2.12.92; NZZ, 8.1.93; TA, 21.11.92; Ww, 11.2.93; Repräsentative Umfrage zur Fremdenfeindlichkeit, in: Suisse, 23.6.92; Siehe auch SPJ 1992, 7d, Ausländerpolitik

5) NZZ, 3.1., 10.2., 2.3., 23.3., 11.5., 25.5., 12.10. und 23.10.92; BZ, 10.1., 20.2., 24.2., 12.3., 23.3. und 27.9.92; LZ, 10.1.92; SGT, 10.1. und 23.3.92; Suisse, 18.1. und 21.12.92; JdG, 3.2., 9.10., 23.10., 6.11., 9.12. und 18.12.92; TA, 10.2., 23.3., 30.3., 6.7., 26.10. und 11.12.92; Bund, 30.3., 21.9., 27.11., 11.12. und 21.12.92; 24 Heures, 27.4.92; BaZ, 23.10. und 11.12.92; LNN, 30.11. und 10.12.92; SN, 28.12.92.

6) Zürcher Presse vom 22.10.–23.12.93; TAM, 30.10.93; WoZ, 3.12.93.

7) AB NR, 1993, S. 2588 f.; AB SR, 1993, S. 994; Presse vom 25.6. und 5.11.93; TA, 1.7.93.

8) AB NR, 1995, S. 2662 ff.; BaZ, 18.3.95; TA, 20.3. und 11.11.95; Presse vom 17.7., 18.7., 14.8. und 20.11.95; Lib., 20.9.95; Blick, 23.12.95

9) TA, 10.1. und 27.7.96; NZZ, 25.7.96; BaZ und TW, 27.7.96.

10) NZZ, 15.4., 2.5., 3.5., 15.6. und 23.9.96; TA, 24.4., 2.5., 3.5. und 9.5.96; BZ und Lib., 20.9.96; Presse vom 24.10.96.; Wisler (1996). Etat, violence politique et interactions.

11) Blick und TA, 2.5.98; TG, 18.5., 20.5. und 22.5.98; NZZ, 14.11.98.

12) AB NR, 1999, S. 1408 f.; AB NR, 1999, S. 160; AB NR, 1999, S. 2670 ff.; AB NR, 1999, S. 387 ff.; AB SR, 1999, S. 202 ff.; Presse vom 17.2.–18.2.99; Presse vom 20.2.99 (FDP und Basel)

13) NZZ, 30.3. und 1.4.99.

14) BaZ, 8.3. und 13.12.1998; Bund, 22.3., 1.6., 5.7., 2.9., 20.9., 27.9., 29.11. und 6.12.; Express, 17.9.; LT, 5.5., 29.11. und 16.12.; NZZ, 1.3., 15.3., 22.3. 1.4. und 28.6.; TA, 22.2., 3.4., 22.11., 23.11. und 10.12.; TG, 20.1. und 10.8.; 24h, 25.5., 14.9. und 14.12.

15) Bern: Bund, 24.1.00. Zürich: NZZ, 25.9.00.

16) Bern: So-Blick, 23.1. (1500/gegen Adtranz-Schliessung); Bund, 9.6. (2000/gegen kantonale Sparmassnahmen in der Bildung); Bund, 10.7. (3000/Homosexuelle für gleiche Rechte); Bund, 7.9. (1200/Angestellte von Kraftwerken gegen AKW-Verbot); Bund, 6.11. (20 000/Gewerkschafter für Lohnerhöhungen und gegen Abbau des Service public). Zürich: NZZ, 5.5. (7000/Spitalpersonal); NZZ, 26.6. (2000/Homosexuelle für gleiche Rechte); NZZ, 11.9. (1500/für Haschisch-Legalisierung); TA, 28.9. (5000/Staatspersonal). Genf: NZZ, 4.4. (4000/Tamilen); 24h, 26.6. (5000/Gegen WTO und Globalisierung). Lausanne: Lib., 4.2. (7000/Staatsangestellte). Luzern: NZZ, 18.9. (2500/gegen Rechtsradikale). St. Gallen: Blick, 30.8. (1500/gegen Rechtsradikale). Biel: Bund, 15.11. (1200/Lehrer für mehr Lohn). Liestal: BaZ, 11.9. (1000/gegen Rechtsradikale).

17) NZZ und TA, 2.5.00.36; Presse vom 31.1.00.3

18) Bern: Bund, 5.2. (1000/Gegen Polizeieinsatz in Davos); Bund, 12.3. (1500/gegen Faschismus); BZ, 10.5. (13 000/ kant. Spitalangestellte für bessere Arbeitsbedingungen); Bund, 6.8. (3500/albanischsprachige Mazedonier); TA, 14.9.

(2000/Behinderte); Bund, 17.9. (3000/gegen Fristenlösung); Bund, 5.10. (7000/Swissair); Bund, 15.10. (4000/gegen US-Aktion in Afghanistan); Bund, 15.11. (3000/Spitalpersonal); Bund, 26.11. (6000/für „sans papiers“); Bund, 10.12. (2000/gegen US-Aktion in Afghanistan). Genf: TG, 26.3. (5000/Albaner aus Kosovo und Mazedonien); LT, 1.10. (3000/gegen US-Aktion in Afghanistan); LT, 5.10. (1000/Swissair); 24h, 12.11. (5000/gegen WTO). Zürich: NZZ, 19.2. (1000/Kurden); TA, 9.3. (1500/Spitalangestellte gegen Sparmassnahmen); TA, 29.9. (2000/gegen US-Aktion in Afghanistan). Aarau: AZ, 10.1. (1500/Spitalangestellte); BaZ, 28.2. (1500/Staatspersonal für höhere Löhne). Lausanne: Bund, 5.10. (2000/Lehrer); Bund, 8.10. (2000/gegen Pädophilie). Bellinzona: CdT, 9.2. (1500/gegen Subventionen für Privatschulen). Chur: BzZ, 2.7. (1200/Spitalangestellte für höhere Löhne). Kloten: TA, 4.10 (10 000/Swissair).

19) AB NR, 2001, S. 516 ff.

20) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten: Bern: Bund, 23.2. (2500/Christen für Israel); Bund, 18.3. (10 000/Bauarbeiter für GAV); Bund, 18.3. (1600/gegen Faschismus); Bund, 20.3. (4500/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); Bund, 8.4. (9000/gegen Israels Politik); Bund, 2.9. (12 000/gegen Kürzungen bei den Pensionskassen); Bund, 1.11. (20 000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); TA, 4.11. (2500/gegen Irakpolitik der USA). Genf: LT, 15.4. (1000/für Frieden im Nahen Osten); TG, 10.6. (2000/gegen Israel); NZZ, 7.10. (1000/gegen Irakpolitik der USA); Blick, 5.11. (3000/streikende Bauarbeiter). Zürich: TA, 22.4. (1000/Palästinenser gegen Israel); TA, 28.9. (1500/Bauarbeiter für GAV-Vollzug); NZZ, 28.10. (1200/gegen Rassismus); TA, 13.12. (2500/Studierende gegen Uni-Reform). Bellinzona: Blick, 5.11. (3000/streikende Bauarbeiter); CdT, 28.11. (1500/Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen). Baden: Blick, 5.11. (2000/streikende Bauarbeiter). Beromünster (LU): NLZ, 26.8. (4000/Bauern). Fehrltorf (ZH): TA, 2.9. (1000/Bauern). Glattbrugg (ZH): NZZ, 18.11. (1000/gegen Fluglärm). Grenchen (SO): SZ, 4.11. (1500/gegen Spitalschliessung). Ittigen/Grauholz (BE): Bund, 2.9. (5000/Bauern). Kloten (ZH): TA, 3.6. (4000/gegen Fluglärm). Morges (VD): QJ, 24.8. (1000/Bauern).

21) BzZ, 7.9. und 2.11.02; WoZ, 5.12.02; TA, 20.12.02.; NZZ und TA, 4.2.02.

22) BzZ, 18.1. und 23.1.03; NLZ, 22.1.03 und TA, 28.1.03 (SP und GP); SoZ, 26.1.03; Presse vom 27.1. und 28.1.03; LT, 20.2.03 (Schäden in Bern).

23) Presse vom 4.3. und 8.3.03; BBl, 2003, S. 1517 ff.; AB NR, 2003, S. 305 ff. und 334 ff.; NZZ, 29.4.03.; BBl, 2003, S. 2550 ff. (Kosten); AB SR, 2003, S. 287 ff.; AB NR, 2003, S. 462 ff.; BBl, 2003, S. 2889; Zur Beurteilung des G8-Sicherheitseinsatzes siehe auch die Antworten des BR auf die Interpellationen Favre (fdp, VD) und Fattebert (svp, VD) in AB NR, 2003 (Beilagen IV), S. 458 ff. und 564 f.

24) AB NR, 2004, S. 261 ff. und 264 ff.

25) TA, 26.5.03.

26) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 17.2. (40 000/gegen Irakkrieg). 3.3. (2000/gegen Faschismus). 17.3. (1000/gegen Verschärfung des Asylrechts). 19.3. (2000/gegen Irakkrieg). 21.3. (10 000/gegen Irakkrieg). 24.3. (30 000/gegen Irakkrieg). 28.4. (4 500/Behinderte für ihre Volksinitiative). 19.5. (30 000/Motorradfahrer gegen geplante neue Verkehrsvorschriften). 30.5. (1500/gegen Gewalt im Alltag); NZZ, 22.9. (5000/Gewerkschafter für öffentlichen Verkehr); Bund, 22.9. (25 000/für sichere Renten); TA, 27.10. (1000/gegen USA und Israel); Blick, 11.12. (1000/gegen die Wahl von BR Blocher); TA, 15.12. (12 000/für mehr Frauen in den Bundesrat). Zürich: TA, 24.2. (1000/gegen Irakkrieg). 6.3. (1500/gegen Irakkrieg); NZZ, 15.3. (6000/gegen Irakkrieg); TA, 21.3. (5000/gegen Irakkrieg). 24.3. (1000/Kurden gegen türkische Politik). 21.6. (2500/Lehrer gegen Sparmassnahmen im Bildungsbereich); NZZ, 3.7. (5000/Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen). 7.7. (8000/gegen Fluglärm); TA, 25.9. (1500/Schüler gegen Sparmassnahmen im Bildungsbereich). 20.11. (9000/gegen Sparmassnahmen im Bildungsbereich); Blick, 11.12. (1000/gegen die Wahl von BR Blocher). Genf: NZZ, 1.2. (3000/gegen Irakkrieg); TG, 21.3. (8000/gegen Irakkrieg). 31.3. (5000/gegen WTO und Irakkrieg). 8.4. (3000/Tamilen für Demokratie in Sri Lanka); Lib., 31.5. (1500/gegen G8-Gipfel); TA, 2.6. (30 000/gegen G8-Gipfel). Lausanne: 24h, 6.3. (2500/gegen Irakkrieg); Bund, 21.3. (4000/gegen Irakkrieg); LT, 30.5. (4000/gegen G8-Gipfel); TA, 2.6. (1000/gegen G8-Gipfel); LT, 28.11. (8000/Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen); NZZ, 10.12. (1000/Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen). Bellinzona: NZZ, 22.3. (2000/Schüler gegen Sparmassnahmen); TA, 13.11. (4000/Schüler gegen Sparmassnahmen). 4.12. (10 000/gegen staatliche Sparmassnahmen). St. Gallen: TA, 17.2. (2500/gegen Irakkrieg). 31.3. (1000/gegen Irakkrieg); SGT, 13.11. (2000/ Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen). Luzern: NLZ, 21.3. (8000/gegen Irakkrieg); TA, 31.3. (3000/gegen Irakkrieg). Aarau: TA, 26.11. (5000/Staatsangestellte gegen Sparmassnahmen). Baden (AG): AZ, 22.3. (1500/gegen Irakkrieg). Basel: BaZ, 21.3. (5000/gegen Irakkrieg). Davos: TA, 27.1. (1500/gegen WEF). Gösigen (SO): Bund, 14.4. (4000/gegen Anti-AKW-Initiativen). Kloten: TA, 24.3. (6000/gegen Fluglärm). La Chaux-de-Fonds: NZZ am Sonntag, 15.6. (1500/gegen Gewalt im Alltag). Lugano: SGT, 24.3. (2000/gegen Irakkrieg). Neuenburg: Express, 21.3. (2000/gegen Irakkrieg). Sion: NF, 20.3. (2000/gegen Irakkrieg). Thun: Bund, 19.5. (1000/gegen Faschismus). Weinfelden (TG): SGT, 21.3. (1500/gegen Irakkrieg). Winterthur: TG, 21.3. (1000/gegen Irakkrieg); Presse vom 14.2., 17.2. und 21.3. Zur starken Mobilisierung von Jugendlichen siehe auch AZ, 15.3.03; WoZ, 27.3. und 3.4.03; TA, 25.8.03.

27) Allgemein zur Schätzung der Teilnehmerzahlen siehe BZ, 17.1.04. Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 22.3. (3000/gegen Irakkrieg). 22.3. (2000/gegen Faschismus). 29.3. (1800/Förster gegen Subventionskürzungen). 2.4. (1000/Schüler gegen Bildungsabbau); TA, 4.10. (1000/gegen „rassistische Abstimmungskampagne der SVP“); Bund 18.10. (10 000/Behinderte gegen Neuen Finanzausgleich). 25.10. (4000/für Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaft). 1.11. (15 000/Gewerkschafter für Lohnerhöhungen). 8.11. (1500/Westschweizer für Autobahnbau). 15.11. (2500/gegen Südanflüge auf Zürich/Kloten). 26.11. (2000/Lehrer gegen neues Lohnsystem). Genf: NF, 13.3. (8000/Solidarität mit Attentatsopfern in Madrid); Bund, 5.5. (6000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); TG, 15.5. (6000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); NZZ, 24.9. (3000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). 13.11. (1000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). 14.12. (2000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). Zürich: TA, 9.3. (2000/Frauen); NZZ, 13.3. (1000/Solidarität mit Attentatsopfern in Madrid); Bund, 29.3. (2000/Maler+Gipser für Frührenten); TA, 24.9. (2000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). 5.11. (8000/Staatspersonal gegen neues Lohnsystem). Lausanne: 24h, 13.9. (1500/gegen Asylpolitik (Ausschaffungen)); QJ, 24.9. (5000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); TA, 6.10. (10 000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen); Lib., 11.11. (6000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). Basel: TA, 30.1. (2000/gegen Sparmassnahmen an der Uni); NZZ, 12.2. (1500/gegen Strassenbauprojekt in Riehen). Biel: Bund, 27.8. (2000/gegen Gewalt). Chur: NZZ, 26.1. (1500/gegen WEF). Flawil (SG): NZZ, 20.1. (1500/gegen Spitalschliessung). Kloten: TA, 2.2. (7000/gegen Südanflüge). Luzern: NLZ, 28.4. (1000/Staatspersonal gegen Sparmassnahmen). Meilen (ZH): TA, 23.4. (1000/gegen Spitalschliessung). Murten (FR): BZ, 26.1. (4000/gegen Spitalschliessung). Reconviilier (BE): Bund, 25.11. (3000/Unterstützung für lokalen Streik). Riehen (BS): BaZ, 26.4. (1500/gegen Strassenbauprojekt in Riehen). Solothurn: SZ, 2.12. (1500/Lehrer gegen Sparmassnahmen). Vevey (VD): TA, 15.3. (1000/gegen Gewalt im Alltag). Würenlingen (AG): TA, 3.5. (3000/gegen Fluglärm).

28) Globalisierungskritiker: TA, 8.1., 16.1. und 24.1.04. Demonstrationen: 24h, 12.1.04 (Winterthur); BZ, LT und TA, 19.1.04; NZZ, 22.1.04; BzZ, 26.1.04. Vgl. SPJ 2003, S. 22 f. Zur Entwicklung und Aktivität von links- und rechtsextremen Gruppierungen siehe den Extremismusbericht des Bundesrates: BBl, 2004, S. 5011 ff. und 6962 (Korrektur in Bezug auf eine zu Unrecht erwähnte jüdische Gruppierung).

29) 24h, 17.1. und 18.1.05; Presse vom 31.1.05. In Bern fanden anstelle der zentralen Kundgebung Aktionen von kleinen Demonstrantengruppen in der ganzen Innenstadt statt (Presse vom 24.1.05; WoZ, 27.1.05).

30) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 14.3. (1000/gegen Faschismus); Bund, 20.6. (5000/gegen Verschärfung der Asylpolitik); QJ, 14.11. (3000/Postangestellte); Bund, 18.11. (10 000/Bauern); Bund, 2.12. (2000/Bundespersonal); Blick, 6.12. (1000/Bahnangestellte). Brugg (AG): AZ, 21.2. (6000/gegen Spitalschliessung). Genf: TG, 17.10. (2000/gegen WTO). Lausanne: 24h, 25.7. (2000/Türken, Feier zur Staatsgründung). Lugano: NZZ, 18.3. (1000/gegen eventuell antisemitischen Anschlag). Muntelier (FR): TA, 4.4. (1000/gegen Industrieansiedlung in Galmiz). Zürich: TA, 5.9. (4500/gegen Südanflüge auf Kloten).

31) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: BZ, 11.2. (1000/Muslimen gegen Karikaturen); BZ, 13.2. (1000/Muslimen gegen Karikaturen); Bund, 20.3. (1500/Kurden); Bund, 3.4. (1000/gegen Faschismus); Bund, 3.4. (10 000/Ärzte); BZ, 10.4. (2500/Unterstützung des Streiks in Reconviilier); Bund, 30.5. (2000/Tamilen); Bund, 19.6.

(11 000/gegen Asylgesetzrevision); Lib., 19.6. (1500/gegen Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe); Bund, 31.7. (3000/gegen Israel); Bund, 22.8. (1500/Tamilen); Bund, 25.9. (25 000/Gewerkschafter für mehr Lohn); Bund, 2.10. (3000/Christen pro Israel). Basel: BaZ, 30.1. (1500/gegen WEF). Lausanne: Lib., 6.10. (1000/Staatspersonal). Reconvilier (BE): QJ, 13.2. (10 000/Unterstützung für Streik). Zürich: NZZ, 28.11. (2000/Staatspersonal).

32) NZZ und TA, 2.5.06.

33) TA und TG vom 24.7.07; TG, 26.7.07.

34) Bern: Presse vom 6.10. und 8.10.07; WoZ, 11.10.07 (Rechtsextreme). Lausanne: Lib., 7.9.07; TA, 19.9.07.

35) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen). Bern: Bund, 18.6.07 (3500/für Rechte der Flüchtlinge); Bund, 22.6. (1500/Bundespersonal); Bund, 8.10. (5000/SVP-Anhänger); Bund, 8.10. (2000/Gegendemonstranten zu SVP-Demo); Bund, 15.10. (5000/CVP-Wahlkundgebung). Zürich: TA, 5.3. (2000/gegen Ausschaffung eines Kurden); TA, 4.6. (10 000/Homosexuelle); Bund, 24.9. (15 000/Bauarbeiter); TA, 19.11. (1000/gegen „Ausschaffung“ von Ausländern). Genf: TG, 12.6. (8000/Tamilen); Bund 19.6. (2000/Bauarbeiter). Lausanne: 24h, 20.9. (1000/gegen BR Blocher); Bund, 23.11. (6000/Staatspersonal). Basel: Bund, 29.1. (1000/gegen WEF). Luzern: NLZ, 30.6. (3000/Bauarbeiter). Würenlingen (AG): TA, 29.1. (4000/gegen Sperrung von Sportanlagen).

36) SoZ, 2.11.08; TA, 6.11.08.

37) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Presse vom 13.4. (10 000/für BR Widmer-Schlumpf); LT, 20.3. (3000/Bahn-Angestellte); Bund, 28.4. (7000/für Tibet); Bund, 15.9. (2000/für Flüchtlinge); Bund, 17.11. (4000/Tamilen). Zürich: NZZ, 18.2. (2000/Unabhängigkeitsfeier Kosovo); TA, 25.2. (1000/Serben gegen Unabhängigkeit Kosovo); TA, 19.3. (1500/für Tibet); NZZ, 21.4. (2000/für Flüchtlinge). Bellinzona: TA, 10.3. (3000/gegen Schliessung der SBB-Werkstätte); Blick, 3.4. (10 000/gegen Schliessung der SBB-Werkstätte). Benken (ZH): TA, 22.9. (2000/gegen neue AKW). Genf: TG, 25.2. (3000/Serben gegen Unabhängigkeit Kosovo). Lausanne: Lib., 1.2. (12 000/Kantonsangestellte); Lib., 12.11. (8000/dito). Locarno: Bund, 5.2. (1000/gegen Gewalt). Murten (FR): Lib., 10.3. (4000/gegen Spitalschliessung).

38) NLZ, 25.5.09; WoZ, 28.5.09; TA, 24.6.09. Speziell zur Fancard siehe SGT, 14.12.09.

39) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 12.1. (7000/gegen Israels Intervention in Gaza); NZZ, 19.1. (1000/Solidarität mit Israel); Bund, 23.2. (1000/Tamilen); Bund, 11.3. (1500/Tibeter); Bund, 2.4. (1500/Ärzte); Bund, 12.5. (2000/Tamilen); BZ, 21.9. (25 000/Gewerkschaften gegen Wirtschaftskrise). Genf: NZZ, 19.1. (1000/gegen Israels Intervention in Gaza); TG, 5.2. (10 000/Tamilen); NZZ, 21.2. (14 000/Tamilen); TG, 17.3. (12 000/Tamilen); BZ, 18.5. (2000/Gewerkschaften gegen Krise); Bund, 30.11. (3000/gegen WTO); TG, 2.12. (1000/gegen Minarettverbot). Luzern: TA, 9.3. (1500/Katholiken gegen die „reaktionäre“ Politik des Papstes); NZZ, 2.4. (1000/Ärzte). Zürich: NZZ, 2.4. (1000/Ärzte); TA, 14.12. (1000/Studierende). Aarau: NZZ, 2.4. (1000/Ärzte). Freiburg: Lib., 22.3. (2500/Gedenkmarsch für ein ermordetes Mädchen). Lausanne: 24h, 2.12. (3000/gegen Minarettverbot). St. Gallen: NZZ, 2.4. (1000/Ärzte). Sempach (LU): SoZ, 30.8. und Blick, 31.8. (2000/Milchbauern).

40) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: Bund, 15.3.10 (6000/Frauen für Gleichstellung); TA, 20.4.10 (2000/Wirte zu MwSt); Bund, 28.6.10 (4000/für mehr Rechte für Ausländer); NZZ-So, 26.9.10 (1000/gegen Verfolgung von Christen); Bund, 25.11.10 (1200/Postangestellte gegen Rationalisierung); Bund, 1.11.10 (2500/gegen Sparmassnahmen bei der IV); BZ, 13.11.10 (4000/Lehrer für bessere Arbeitsbedingungen); BZ, 4.10.10 (1000/Antifaschistischer Abendspaziergang, Linksautonome); Freiburg: BZ, 6.9.10 (2000/gegen Schliessung Brauerei Cardinal); Genf: Bund, 1.11.10 (1500/Jugendliche für Konzertlokale); BAZ, 24.8.10 (2000 Velofahrer gegen Autoverkehr); Gösgen (SO): Bund, 25.5.10 (4000/gegen AKW); Zürich: TA, 29.11.10 (1500/ Protest gegen Annahme der Ausschaffungsinitiative); NZZ 12.4.10 (5000/ Solidaritätskundgebung für Tibet).

41) BZ, 27.8.11

42) TA, 27.6.11, BaZ, 2.9.11, AZ, 3.9.11; SN, 30.6.11; NZZ, 30.6. und 19.7.11.

43) BZ, 24.1., 18.4., 9.5. und 31.10.11; NZZ, 14.6.11

44) TA, 31.10.11; BZ, 9.5.11.

45) TA, 1.11.-2.12.11.

46) TA, 20.3.12

47) TA, 21.8.12; BZ, 2.10.12.

48) Kundgebungen mit mindestens 1000 Beteiligten (ohne 1. Mai-Demonstrationen): Bern: NZZ, 12.3.12 (1000/Stilllegung der AKW Mühleberg und Beznau); NZZ, 20.3.12 (4000/Mehr Lohn für Physiotherapeuten); NZZ, 4.6.12 (10000/Tanz dich frei); Bund, 25.6.12 (5000/Gegen die Verschärfung der Asylpolitik); TA, 6.8.12 (1000/Für die Rechte von Nicht- Heterosexuellen) St. Gallen: NZZ, 13.12.12 (1500/Lehrer); Zürich: TA, 21.8.12 (1500/Albisgüetli-Tagung der SVP).

49) NZZ, 16.4. und 23.9.13

50) NZZ, 15.4., 29.10. und 16.11.93; BZ, 13.10.93; BaZ, 29.10. und 28.12.93; Presse vom 1.11.93; TA, 10.11. und 12.11.93; Politische Rundschau 72/1993.

51) NZZ, 6.2.16; TA, 2.3.16; CdT, 12.3.16; TG, 24.3.16; LZ, 1.4.16; NZZ, 17.5.16; SoZ, 29.5.16; SGT, 11.6.16; WW, 8.9.16; Blick, 3.10.16; NZZ, 12.11.16; SGT, 21.11.16; LZ, 22.12.16; NZZ, TA, 23.12.16